



Positionierung des EBD-Vorstands zum Brexit und zu den zukünftigen Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich

Beschluss des EBD-Vorstands, 28.01.2020

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ist ein historischer Fehler, der allen Beteiligten schadet. Dass sich insbesondere in England die Auffassung durchsetzen konnte, das Land könne sich im Alleingang Vorteile verschaffen, ist ein trauriger Sieg des Nationalismus und eine Niederlage für alle Unterstützer einer rationalen, an langfristigen Zielen ausgerichteten demokratischen Politik in Europa.

Für uns als Anhängerinnen und Anhänger der europäischen Einigung markiert das heutige Ereignis ein schmerzhaftes Scheitern. Es ist nicht gelungen, der Mehrheit der Öffentlichkeit im Vereinigten Königreich zu vermitteln, worum es uns geht: Wir wollen ständige Zusammenarbeit im Rahmen gemeinsamer demokratischer Institutionen an Stelle konkurrierender nationaler Machtpolitik, um so den Frieden zu sichern, faire Verhältnisse in Europa zu schaffen und gemeinsame Interessen wirksam zu vertreten. In einer Welt, die immer komplexer und unsicherer wird und in der der europäische Anteil an Weltbevölkerung und Weltwirtschaft schrumpft, ist der Brexit ein tragischer Rückschritt.

Gerade als Deutsche – egal ob aus Umweltverbänden, Wissenschaft, Verbraucherschutz, Unternehmen, Kultur oder Medien – werden wir die Briten sehr vermissen. Sie sind über vier Jahrzehnte verlässliche Partnerinnen und Partner gewesen bei der Durchsetzung demokratischer Prinzipien, marktwirtschaftlicher Grundsätze und einer transatlantischen Orientierung auch im Rahmen der Europäischen Union.

Nun geht es um Schadensbegrenzung

Die verbliebenden 27 EU-Mitgliedstaaten haben in den langwierigen Austrittsverhandlungen bewiesen, dass sich Einigkeit auszahlt und zur Schadensbegrenzung beiträgt. Wir fordern die Regierungen der EU-27 auf, auch in den vor uns liegenden Verhandlungen für ein Abkommen zu den künftigen Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich für alles, was im Rahmen der europäischen Einigung aufgebaut werden konnte, entschlossen und geschlossen einzustehen.

Wir fordern die Europäische Kommission auf, bei den bevorstehenden Verhandlungen die politischen und gesellschaftlich-ökonomischen Interessen der Europäischen Union weiterhin zu sichern.

Dies betrifft die Rechte von EU-Bürgerinnen und -Bürgern im Vereinigten Königreich genauso wie die von Britinnen und Briten auf dem Territorium der EU, für die Vertrauensschutz gelten muss und deren persönliche Lebensumstände möglichst wenig beeinträchtigt werden dürfen.

Als starkes verbindendes Element mit Vorteilen für alle Beteiligten darf der europäische Binnenmarkt durch den Austritt des Vereinigten Königreichs keinen Schaden nehmen. Die vier Grundfreiheiten (Personenfreizügigkeit sowie Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit) und die Integrität des Binnenmarktes sind nicht verhandelbar. Das Vereinigte Königreich muss entscheiden, wie nahe an Binnenmarkt und Zollunion sich das Land künftig positionieren möchte. Der Europäischen Kommission obliegt es dann, in den Verhandlungen sicherzustellen, dass sich britische Rechte und Pflichten gegenüber der Union die Waage halten und dass das Land keinerlei Privilegien im Vergleich zu EU-Mitgliedstaaten und anderen engen Partnern der EU erhält. Es muss klar bleiben, dass sich der EU-Austritt nicht lohnt.

Bei einem britischen Austritt aus Binnenmarkt und Zollunion sind wirksame Kontrollen an den künftigen Außengrenzen unabdingbar zur Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen. Wir fordern die britische Regierung auf, zu den im Austrittsabkommen gemachten Zusagen bezüglich Nordirland zu stehen und künftig jeden Versuch zu unterlassen, das Karfreitagsabkommen und den Frieden auf der Insel zu gefährden.

Wir halten es für ausgeschlossen, dass sich die EU und das Vereinigte Königreich noch in diesem Jahr auf ein Abkommen zu den künftigen Beziehungen einigen und dieses ratifizieren können. Alle Beteiligten fordern wir dazu auf, solide, transparent und gründlich zu verhandeln und die Möglichkeit der Verlängerung der Übergangsphase im Sinne einer reibungslosen künftigen Zusammenarbeit zu nutzen. Taktische Überlegungen dürfen angesichts elementarer Herausforderungen für die zukünftigen Beziehungen keine Rolle spielen.

Großbritannien und Nordirland gehören weiterhin zu Europa

Bei aller Trauer und Enttäuschung: Wir respektieren die demokratische Entscheidung des Vereinigten Königreichs. Mit Blick auf Sicherheit und Stabilität auf dem europäischen Kontinent und auf den globalen Einfluss Europas muss die Europäische Union alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um – bei Wahrung ihrer vitalen Eigeninteressen – zu einer möglichst engen Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich zu kommen. Je enger die Partnerschaft sein wird, desto größer wird Europas Einfluss in der Welt bleiben.

Wir wünschen unseren britischen und nordirischen Freundinnen und Freunden alles Gute auf dem vor ihnen liegenden schweren Weg. Er wird langwierige internationale Verhandlungen ebenso umfassen wie eine ganze Reihe innenpolitischer Herausforderungen. Wir versichern dabei all jenen politischen Kräfte unserer Solidarität, die eine faktenbasierte, konstruktive und faire Politik entlang unserer gemeinsamen europäischen Werte betreiben. Dies gilt besonders für unsere Schwesterorganisation, die Europäische Bewegung im Vereinigten Königreich. Wir sind froh, dass sich seit dem Referendum deutlich mehr Menschen in Großbritannien und Nordirland für die europäische Einigung interessieren und engagieren.

Unser Ziel bleibt die demokratische Vereinigung aller Europäerinnen und Europäer in einer starken und solidarischen Union.